



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/221 - 24. 9. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Im Vorraum von Genf	S. 1
Regierung Faure gefährdet	S. 3
Missbrauchter Verfassungsschutz	S. 5
Der "Rheinische Merkur" und die Osten-Willkür	S. 6

Unschlüssig vor dem nächsten Schritt

Von Herbert Wehner, MdB.

Der Bundestag hat einstimmig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion gebilligt. Aber die matte Debatte, die dieser Entscheidung vorausging, vermittelte den Eindruck, dass die Wortführer der Regierungsparteien noch nicht wissen, wie den neuen Notwendigkeiten deutscher Politik begegnet werden soll, geschweige denn, wie man ihnen gerecht werden könnte. Keiner von ihnen versuchte, die vom Oppositionsführer zur Diskussion gestellten Probleme mit Argumenten aus dem Arsenal der Regierungspolitik anzugehen. Es ist schade, dass der Bundestag die Gelegenheit vorübergehen liess, in eine erste Lesung der Notwendigkeiten von morgen und übermorgen einzutreten. Die sozialdemokratische Opposition wird sich nicht damit begnügen, darin ein Zeichen der Unsicherheit der Regierungsparteien beim Übergang von den bisher genau vorgezeichneten Fahrbahnen in ein freieres Fahrwasser deutscher Politik zu sehen. Sie wird ihre Hauptaufgabe darin erblicken, im Prozess der Überprüfung und Änderung bisheriger Positionen der deutschen Politik tätig mitzuwirken.

Beide Seiten, Koalition und Opposition, müssen es sich jetzt wohl überlegen, ob es ihnen vor allem darauf ankommt, wohlgezielte Schläge an den empfindlichen Stellen der jeweiligen Gegenseite anzubringen, oder ob in einem harten aber sachlichen Ringen Ballast aus den unvermeidlich gewesenen Auseinandersetzungen der hinter uns liegenden Zeit

24.9.1955

zurückgelassen und neue Ansatzpunkte zur Erfüllung der Notwendigkeiten von morgen und übermorgen gefunden werden. Vielleicht hiesse es, den Bundestag und vor allem die Wortführer der Regierungskoalition zu überfordern, wollte man von ihnen erwarten, mühevoll und ohne auch äusserlich sichtbar werdende Zeichen grosser Anstrengungen aus den bisherigen Auseinandersetzungen zur schwierigen Erörterung der neuen Lage und der aus ihr sich ergebenden Aufgaben besonders auf dem umfassenden Gebiet der Wiedervereinigungspolitik überzugehen. Auch die Opposition muss manches hinunterschlucken. Aber um die gesamtdeutsche Bewährung kommt keine Seite herum.

Es geht um dreierlei: Erstens müssen die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion so in Gang gebracht werden, dass das anomale Verhältnis, in dem beide zueinander stehen, in absehbarer Zeit überwunden wird. Zweitens muss die Bundesregierung mit geeigneten Vorschlägen zur Lösung der untrennbaren Probleme "Europäische Sicherheit und staatliche Einheit Deutschlands" aktiv werden und sowohl bei den westlichen Vertragspartnern als auch bei der Sowjetregierung um Lösungen werben, die Aussicht haben, die Zustimmung aller Beteiligten zu erlangen. Drittens muss das Verhältnis der Bundesregierung zur Sowjetzonenregierung über die unvermeidliche Auseinandersetzung um die fehlende demokratische Legitimation der Regierung Grotewohl hinaus in der Weise geregelt werden, dass kein Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung bestehen kann, in Sachen Wiedervereinigung im Rahmen von Viermächtebeschlüssen das Erforderliche zur Verwirklichung der staatlichen Einheit Deutschlands auch im Benehmen mit Vertretern der Sowjetzonenregierung zu tun und bis zu diesem Zeitpunkt - ebenfalls im Rahmen gültiger und gegebenenfalls ausdrücklich zu bestätigender Viermächtebeschlüsse - über alle notwendigen Regelungen zur Erleichterung des Verkehrs der Deutschen über die Zonengrenze ebenfalls mit Vertretern jener Regierung Vereinbarungen zu treffen. Je klarer sich die Parteien der Bundesrepublik über das Ausmass dieser Aufgaben werden und je mehr ihnen dabei bewusst ist, dass sie dabei eine gesamtdeutsche und demokratische Bewährungsprobe zu bestehen haben, umso besser wird der Faktor Bundesrepublik im Ringen der nächsten Zeit abschneiden. Er kann dabei sogar in der Augen der Sowjetregierung an Wert und Bedeutung gewinnen, auch wenn das an

den offiziellen Äusserungen dieser Regierung nicht eindeutig ablesbar sein würde.

Der Bundeskanzler hat in Moskau, bezugnehmend auf sowjetische Sicherheitsbedürnisse, erklärt: "... so sind wir durchaus bereit, das unsrige dazu zu tun, an einem auch diese Besorgnisse ausräumenden Sicherheitssystem mitzuarbeiten. Es erscheint mir richtig, gleichzeitig mit den Beratungen, wie die Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird, das Sicherheitssystem für Europa zu überlegen." Aussenminister von Brentano griff ebenfalls in Moskau dieses Thema nochmals auf, als er sagte, "dass die Aufnahme von politischen Beziehungen zwischen unseren Völkern, die Errichtung des auch von uns gewünschten und in jeder Phase auch geförderten Sicherheitssystems für ganz Europa mit für alle beteiligten wirksamen Sicherheitsgarantien keine Basis hätten, wenn sie von der Teilung Deutschlands ausgingen."

Diese Erklärungen der beiden deutschen Staatsmänner sind geeignet, den Anschluss der deutschen Bemerkungen an die in der Direktive der Regierungs-Chefs der Vier Mächte an die Aussenminister vom 23. Juli 1955 enthaltenen Anweisungen zu gewährleisten. Alle vier Regierungs-Chefs haben in Genf in dieser Direktive nicht nur ihre gemeinsame Verantwortung "für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands" anerkannt, sondern sich auch "darüber geeinigt, daß die Regelung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muss". Hier ist der Punkt, an der die Bundesregierung ihre Bemühungen sowohl bei den westlichen Vertragspartnern als auch bei der Sowjetregierung ansetzen muss. Schon in den Wochen bis zur Genfer Konferenz der Aussenminister der Vier Mächte kann und muss die Unschlüssigkeit vor dem nächsten Schritt, die Bundesregierung und Bundestag noch an den Tag legen, der Entschlossenheit weichen, von deutscher Seite aus das Menschenmögliche zu versuchen, um Schritte in der Richtung der Verwirklichung der staatlichen Einheit Deutschlands zustande zu bringen.

Im Strudel der Marokkokrise

t.v. Paris

"Wäre das Parlament nicht in den Ferien, so könnten die Tage der Regierung Edgar Faure gezählt sein": Diese Behauptung, die keinesfalls aus der Luft gegriffen ist, war seit Mitte September mehr als ein Mal zu hören, und tatsächlich ist die Stellung des Kabinetts, ja sein Zusammenhalt, durchaus nicht gesichert.

Seit Wochen folgt in Frankreich ein grosser Streik dem anderen. Seit Wochen tobt in der Hafen- und Werftstadt Nantes ein erbitterter Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, ein Kampf, der zu blutigen Zusammenstössen und zu Aussperrungen geführt hat. Selbst die schon halbtot gesagte Pujade-Bewegung, d.h. die rebellische Organisation der Kleinhändler, die mit hitlerischen Methoden dem Staat einen Steuerkrieg erklärt hat, ist wieder zum Leben erwacht.

So schlimm diese Symptome der Unrast und des ^{un}gesunden sozialen Klimas sind, so scheinen sie doch unbedeutend im Vergleich mit dem, was sich innerhalb des Kabinetts im Zusammenhang mit den Vorgängen in Marokko abspielt. Marokko - wie auch Algerien - ist voller Unruhe. Starke Truppenverbände mussten aus Europa abgezogen und nach Nordafrika verschifft werden. Seit Wochen unterhandeln Emissäre der Regierung sowohl in der marokkanischen Hauptstadt Rabat wie auf der afrikanischen Insel Madagaskar und nicht zuletzt in Paris selbst über die Frage der marokkanischen "Thronregelung". Endlich schien der Stein der Weisen gefunden: Der alte, würdige Sultan Ben Arafa würde zum Rücktritt bewogen werden - ihn hat Frankreich vor zwei Jahren gegen seinen eigenen Willen eingesetzt! - der rechtmässige Sultan, der als Verbannter auf Madagaskar lebt, wird nach Frankreich geholt werden, und an seiner Stelle wird in Rabat ein aus drei Personen bestehender Thronrat regieren.

Während dieser Schlachtplan in einer Weise verkündet wurde, die darauf schliessen liess, dass man sich innerhalb der Regierung auf ihn geeinigt hätte, zeigte sich plötzlich, dass etliche Kabinettsmitglieder, sowie sehr einflussreiche, ausserhalb der Regierung wirkende Kräfte seine Verwirklichung zu durchkreuzen suchten. Der Plan passt weder allen finanziell in Marokko engagierten Gruppen, noch den national-

24.9.1955

stischen französischen "Kolonialisten" in Marokko, noch - dem Marschall Alphonse Juin. Und wie der Marschall, so scheint auch Verteidigungsminister General Koenig zu denken.

Die nach rechts ausgerichteten Kabinettsmitglieder - sowie die hinter ihnen stehenden Finanz- und Industriekreise - wünschen die Marokkokrise durch Anwendung von Machtmitteln zu lösen, und einer ihrer Freunde im Parlament verlangte die Einberufung von vier Reserve-Jahrgängen, um in Marokko über die nötigen militärischen Mittel zu verfügen. Wenn die Militärs nur wollten, so erklärte er sinngemäss, so könnten sie gewiss Ordnung schaffen. Darüber, wie diese "Ordnung" aussähe, scheint er keine allzu realistischen Vorstellungen zu haben.

Den 12. September hatte Ministerpräsident Edgar Faure als den Stichtag genannt, an dem die Entscheidung über die Durchführung eines Marokko-Programmes fallen sollte. Dieser Termin verstrich, und viele weitere Tage folgten, ohne dass man auch nur in der Lage war, einen Thronrat zusammenzustellen, der sowohl den "Kolonialisten" wie den nationalen Marokkanern zugesagt hätte. Die Kolonialisten, die den vorigen Generalresidenten in Marokko, den einstigen Saar-Botschafter Grandval, vom ersten Tage seiner kurzlebigen Residenten-Tätigkeit an verfolgten und seinen Sturz mit reichlich widerlichen Mitteln herbeiführten, wünschen den verbannten Sultan weiterhin auf Madagaskar zu lassen und den Protektorats-Vertrag von 1912, auf den sich die französische Herrschaft in Marokko stützt, auch künftig so auszulegen wie bisher.

Zwar weisen sie mit vollem Recht auf die gewaltigen Kulturleistungen Frankreichs in Marokko hin. Aber sie wollen keinesfalls anerkennen, dass diese Leistungen nicht die Berechtigung mit sich bringen, den Protektorats-Vertrag nicht anzuwenden. Sie lehnen eine marokkanische Autonomie ab. Sie lehnen erst recht eine marokkanische Souveränität im Rahmen der Französischen Union ab - wie etwa Indien souverän im Rahmen des britischen Commonwealth ist - und sie wollen alle Mittel anwenden, um ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen. Der so entstehende Gegensatz reicht tief in die Struktur des Kabinetts hinein. Zusammen mit der sozialen Unruhe in Frankreich selbst gefährdet die Stellung der Regierung Faure, ganz zu schweigen von der finanziellen Belastung, die sich aus der Einsetzung so starker Militärverbände in Nordafrika ergibt. Schon jetzt weiss jedermann, dass der Voranschlag für das Verteidigungs-Budget kaum noch theoretischen Wert hat.

"Verfassungsschutz ist kein Propaganda-Instrument"

K. H. Mainz

Es war kurz vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im Frühjahr, als der Vorsitzende der christlich-sozialen Jungen Union in der Pfalz in Flugblättern und Zeitungsanzeigen den Vorsitzenden der Gesamtdutschen Volkspartei, Dr. Heinemann, mit der Behauptung attackierte, dieser habe grosse Geldsummen aus kommunistischen Quellen erhalten und finanziere damit den Wahlkampf. Jene Art der Diffamierung war nicht neu, denn sie erinnerte sehr stark an die bekannten Verleumdungen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Funktionäre durch den Bundeskanzler persönlich einundeinhalb Jahre vorher.

Die Wirkung war trotzdem gross, denn die GVP stand infolge ihres als Test zu wertenden Wahlbündnisses mit der pfälzischen SPD gewissermassen im Mittelpunkt des Interesses. Das Ende kam damals, wie es kommen musste; eine einstweilige Verfügung stoppte die Verleumdung und eine Gerichtsverhandlung erwies die Haltlosigkeit der Behauptung.

Diese Gerichtsverhandlung hatte jetzt ein Nachspiel im Landtag von Rheinland-Pfalz, denn die ODU als Beschützerin der Jungen Union hatte für die damalige Verhandlung keinen geringeren Zeugen als den Leiter des Verfassungsschutzamtes von Rheinland-Pfalz aufgeboten. Er sollte - allerdings ohne Erfolg - versuchen, durch Preisgabe seiner Mittelsmänner die Behauptung der Jungen Union zu stützen. Die SPD war empört und richtete sofort bei Zusammentritt des Landtags eine Grosse Anfrage an die Regierung, die jetzt zur Debatte stand.

Bei der Begründung der Grosse Anfrage betonte der Sprecher der SPD-Fraktion, Staatssekretär a.D. Otto Schmidt, dass es dem Ansehen der noch jungen deutschen Demokratie sehr abträglich sei, wenn durch solche Massnahmen, wie die Beteiligung des Leiters eines Verfassungsschutzamtes an einem Zivilprozess, Misstrauen unter die Bevölkerung getragen werde. Es sei auch dem Zwecke des Verfassungsschutzamtes nicht dienlich, wenn sein Leiter auf diese Weise der Öffentlichkeit vorgestellt werde, über seine delikate Tätigkeit aussage und seine Mittelsmänner preisgebe. Entscheidend sei, dass das Innenministerium durch die Erteilung der Aussagegenehmigung die notwendige Vertraulich-

keit des Verfassungsschutzamtes selbst untergraben habe.

Die Antwort des verantwortlichen Innenministers war keine Antwort, denn er stellte sich auf den Standpunkt, dass die Aussagegenehmigung nur dann hätte verweigert werden können, wenn die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährdet gewesen sei. Dieses aber war gerade die grosse Befürchtung der SPD. Wo soll die Demokratie hinkommen, wenn eine so hintergründige Institution, deren Aufgabe der Schutz des Staates und der Demokratie ist, einseitig und parteipolitisch zur Stützung von Verleumdungen eingespannt werden kann? Gerade hier sollte auch der Anschein einer Parteilichkeit vermieden werden! Dabei ist es wohl unwesentlich, ob ein Teil der Vorwürfe und Behauptungen schon vorher bekannt gewesen sein sollen oder nicht.

Die Zwielfichtigkeit der angeprangerten Haltung zeigt sich auch in der kuriosen, aber sehr bedenklichen Erscheinung, dass Politiker demokratischer Parteien immer wieder durch Ermittlungsverfahren des Staatsanwalts diffamiert werden, der ihre "politische Zuverlässigkeit" zu prüfen beauftragt ist, wenn sie ohne ihr Zutun kommunistisches Propaganda-Material aus der Sowjetzone durch die Post erhalten. Niemand kann sich gegen diese Sendungen wehren, aber die Ermittlungen hängen ihnen den Verdacht der politischen Unzuverlässigkeit an. Entsprechend deutlich war der Protest der SPD-Fraktion: "Wir Sozialdemokraten wünschen, dass in dem deutschen politischen Raum nicht auf Dinge zurückgegriffen wird, die geeignet sind, die Grundlagen der Demokratie zu erschüttern. Wir möchten die deutschen Staatsbürger vor Schnüffeleien dieser Art bewahrt wissen!"

+ + +
Unverschämtheit
- - - - -

sp. Der "Rheinische Merkur", Organ der abendländischen Kreuzzugsritter und dem Kanzler sehr nahestehend, versäumt in keiner seiner Ausgaben die Gelegenheit, die Sozialdemokratie zu verleunden und sie der Bolschewistenanfälligkeit zu verächtigen. Auch in der letzten Ausgabe blieb sich dieses "christliche" Organ seiner Tradition treu. Kühn, aller Wahrheit zuwider und frei von der Leber weg behauptete es, der bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim unterlegene sozial-

demokratische Bundestagsabgeordnete Werner Jacobi sei ein Kandidat der SPD und der KP gewesen. Die SPD sei das Risiko eingegangen, sich mit der KP zu liieren.

Und der Tatbestand? Die Mannheimer Sozialdemokraten haben weder um die Gunst der Kommunisten geworben, noch hoch waren sie, wie der "Rheinische Merkur" unterstellt, im Bündnis mit den Kommunisten.

Die Kommunisten Mannheims blieben sogar grösstenteils der Wahl fern, denn gerade in ihren Hochburgen war die Wahlbeteiligung am geringsten. Das verschweigt der "Rheinische Merkur", wie er auch über die Tatsache wohlwollend hinwegsieht, dass der Sieger dieser Oberbürgermeisterwahl einst zu der Naziprominenz gehörte und seine Wahl nur möglich war, weil die CDU ihm alle propagandistische Unterstützung gewährte.

Die Verleumdung dieser Wochenzeitung ist umso unverschämter, als sie zu einer Zeit erfolgt, wo alle Welt schon wusste, wie gut sich der Bundeskanzler mit den Mächtigen des Kreml verstand. Keinem vernünftigen Menschen würde nun etwa der Gedanke kommen, den Bundeskanzler der Kommunistenhörigkeit zu zeihen, weil er mit den Herren Bulganin und Chruschtschow Krimsekt trank und die Hände schüttelte. Der "Rheinische Merkur" wird sich schon auf die Suche nach neuen Schlagworten begeben müssen, will er seiner Tradition treu bleiben und die ^{Sozial}demokratie, wie es in seiner Betrachtung zur Mannheimer Oberbürgermeisterwahl geschah, als Vorstufe des Bolschewismus verunglimpfen. Das alte Schlagwort: Die Wege der Sozialdemokratie führen nach Moskau, zieht ja nicht mehr, da es der Bundeskanzler selbst war, der die Strasse nach Moskau öffnete.

Er hatte und hat auch grosse Mühe, nach dem Abkommen mit der Sowjetunion die Reiselust ostanfälliger Bundestagsabgeordneter aus den Reihen seiner Fraktion abzukremsen... Hier scheint die Anfälligkeit für bolschewistische Einladungen schon zur Dauerkrankheit geworden zu sein.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler